

SPD kritisiert Merkels Schuldzuweisung an Hamas



Der SPD-Außenpolitiker Rolf Mützenich (auf dem Foto r. mit dem palästinensischen Premierminister Salam Fayyad) hat Kanzlerin Angela Merkel scharf für ihre Pro Israel-Haltung kritisiert. Er warf Merkel heute gegenüber dpa „Parteinahme für das israelische Dauerbombardement“ vor.

Bereits gestern hatte Mützenich in einem Interview mit dem Deutschlandradio eine einseitige Schuldzuweisung an die Hamas strikt abgelehnt.

„Alle haben Schuld. Das ist gar keine Frage, weil im Grunde genommen haben doch alle gezeigt, dass sie zu einem politischen Kompromiss nicht in der Lage sind, nicht willens sind, nicht fähig sind. Das ist doch das Erschreckende, dass hierunter wieder die Menschen auf allen Seiten leiden. Vor einigen Wochen war ich noch in Palästina gewesen und ich war tief deprimiert wieder zurückgekommen, sowohl über die innenpolitischen Verhältnisse in Palästina als auch die damals nicht gelungene Vereinbarung zwischen Hamas und Fatah, vermittelt von seitens Ägyptens, aber auf der anderen Seite auch das vollkommene Desinteresse in Israel, an politischen Möglichkeiten zu arbeiten (...).“

Mützenich forderte im gleichen Interview, mit der Hamas zu reden, ohne dass sie das Existenzrecht Israels anerkennt:

Deutschlandradio: Und mit der Hamas reden, wenn sie denn auf Gewalt verzichtet?

Mützenich: Ja, auf jeden Fall. Ich glaube, Sie müssen ja auch sehen: es gab in der Hamas ganz unterschiedliche Stimmen, als der Waffenstillstand auslief. Mashal aus Damaskus hat gesagt, wir verlängern diesen Waffenstillstand auf keinen Fall, aber es gab auch Stimmen von der Hamas, insbesondere aus dem Gaza-Streifen, die natürlich auch eine Verantwortung für die Bevölkerung haben, die gesagt haben, unter bestimmten Bedingungen sind wir bereit, diesen Waffenstillstand fortzuführen. Die Frage war ja immer aus der Sicht von Hamas gewesen, wenn wir den Waffenstillstand einhalten, muss auch die Blockade von Israel aufgegeben werden, und das ist natürlich nicht erfolgt.

Diese Haltung Mützenichs hatte das Mideast Freedom Forum Berlin in einer heutigen Presseerklärung scharf kritisiert:

Die Forderung mit der Hamas zu reden, ohne dass sie das Existenzrecht Israels anerkennt, bedeutet, dass man die Terrorstrategie und den Antisemitismus der Hamas ignoriert – und letztlich legitimiert. Diese Forderung stellt zum Beispiel der Leiter des Gesprächskreises Naher und Mittlerer Osten und Bundestagsabgeordnete Rolf Mützenich (SPD). Mützenich ist gleichzeitig Mitglied im Vorstand der deutsch-iranischen Gesellschaft. Verhandlungen unter Einbeziehung der Hamas würden deren Terrorstrategie belohnen. Dies wäre ein negatives Signal für den ganzen Nahen Osten und würde die islamistischen Kräfte stärken, die für Terror gegen die eigene Bevölkerung und gegen Israel stehen.

» Umfrage in der FAZ zum Nahostkrieg – **bitte abstimmen!**

Kontakt:

Rolf Mützenich MdB

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 – 227 – 77201

Fax: +49 (0) 30 – 227 – 76211

rolf.muetsenich@bundestag.de